

**Der Oberbürgermeister**

I/01-011-20-06-neu

**Dezernat/Fachbereich/AZ**

13.11.15

**Datum**

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Datum</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Behandlung</b>
<b>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen</b>	23.11.2015	Beratung	öffentlich
<b>Finanz- und Rechtsausschuss</b>	07.12.2015	Beratung	öffentlich
<b>Rat der Stadt Leverkusen</b>	14.12.2015	Entscheidung	öffentlich

**Betreff:**

Frei zugängliche WLAN-Anschlüsse in städtischen Gebäuden

- Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom 29.10.15
- Stellungnahme der Verwaltung vom 13.11.15 (siehe Anlage)

65-652-ku  
Jürgen Kursawe  
☎ 6540

13.11.15

01

- über Frau Beigeordnete Deppe  
- über Herrn Oberbürgermeister Richrath

gez. Deppe  
gez. Richrath

**Frei zugängige WLAN-Anschlüsse in städtischen Gebäuden**  
**- Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom**  
**29.10.15**  
**- 2015/0815**

Für die Einrichtung der WLAN – Anschlüsse in den städtischen Gebäuden sind vorab umfangreiche Prüfarbeiten zu erledigen. Es sind die zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten und der damit verbundene Aufwand für die notwendigen Nachinstallationen festzustellen. Es ist zusätzlich der zu erwartende Bedarf an den einzelnen Standorten zu bewerten. Erst mit diesen dann gewonnenen Kenntnissen kann eine Priorisierung der verschiedenen Standorte vorgenommen werden.

Zurzeit sind die zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung mit den Projekten zur kurzfristigen Unterbringungen von Flüchtlingen ausgelastet, sodass im Vorfeld zur Beratung keine inhaltliche Stellungnahme erarbeitet werden kann.

Sollte der Rat den Antrag beschließen, wird er im Rahmen der personellen Kapazitäten bearbeitet. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass die Zurverfügungstellung von frei zugängigen WLAN-Anschlüsse nicht zu den gesetzlichen Pflichtaufgaben einer Kommune gehört und es zur Zeit nicht prognostizierbar ist, wie die Kommunalaufsicht mit dem am 02.11.2015 eingebrachten Haushalt 2016 der Stadt umgeht.

Die Ergebnisse werden im Rahmen der Beschlusskontrolle der Politik über z.d.A.: Rat zur Kenntnis gegeben.

Gebäudewirtschaft